

Vormärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die neue Aktivität Englands.

Erklärungen Macdonalds.

London, 6. Februar. (U.) Der „Manchester Daily Dispatch“ veröffentlicht eine Unterredung mit Ramsay Macdonald. Hinsichtlich der französisch-englischen Beziehungen erklärt der Premierminister: Die unklüfftige und negative Haltung meiner Vorgänger ist zum großen Teil an den Mißverständnissen zwischen beiden Ländern schuld. Damit ist es nun aus. Großbritannien wird es in Zukunft nicht dabei bewenden lassen, unfähig den Ereignissen zuzusehen. Ich bin überzeugt, daß unsere neue Haltung rasch zu Ergebnissen führen wird. Macdonald fügte hinzu, daß Deutschland und Rußland sobald als möglich in den Völkerbund eintreten müßten. Die Ausnahme Rußlands ergebe vielleicht gewisse Schwierigkeiten, doch müsse man auf Zulassung Deutschlands ausdrücklich bestehen. Deutschland werde als Mitglied des Völkerbundes nach dem Grundsatz absoluter Gleichheit behandelt werden. Auf die Frage, ob er Einwürdungen von französischer Seite besorge, erwiderte der englische Premier im ruhigen Tone: Nein, ich glaube, Deutschland wird als Mitglied in den Völkerbund aufgenommen, ohne daß wir auf unüberwindliche Schwierigkeiten dabei stoßen.

Poincarés Pfalzrückzug.

Aus den Fanfaren ist eine Schamade geworden. Die Räumung mehrerer Rathhäuser in der Pfalz und in Rheinhessen, die die Separatisten besetzt hatten, lehrte schon, daß sie ihre Stütze wanken fühlten. Haas und die Pariser Regierungspresse sprachen immer honig süßer von den Pfalzverhandlungen mit England, dessen Münchener Generalkonsul Cline in diesem Winter des Poincaréschen Mißvergnügens die Wahrheit über die Pfalz festgestellt hat und dessen Pariser Botschafter Lord Crewe deswegen zum Premierminister Macdonald berufen worden war. Die Pariser Meinungsmache konzentrierte sich sichtbar rückwärts; ihre letzte „Position“ war die von uns gleich als Schwindel gekennzeichnete Meldung, England wünche einen Schiedspruch in dieser zweifelhaft immerdeutschen Frage. Und nun rücken Haas und „Welt Parisis“ endlich mit der schmerzlichen Wahrheit heraus, damit man sie nicht erst aus Macdonalds bevorstehender Unterhausrede erfahre. Das Ergebnis der britisch-französischen Pfalzverhandlungen ist nach diesen Pariser Quellen folgendes:

Die Verhandlungen, die zwischen der englischen und der französischen Regierung in der Pfalzangelegenheit geführt werden, werden höchstwahrscheinlich eine Lösung auf der Grundlage des status quo vor der Einsetzung der Separatistenregierung bringen. Da die Separatistenregierung nicht anerkannt sei, könnten alle Beamten, die von ihr ausgewiesen seien, zurückkehren. Was die von den Besatzungsbehörden ausgesprochenen Ausweisungen betreffe, so werde man jedenfalls jeden einzelnen Fall besonders prüfen.

Dasselbe offizielle Frankreich, das seinen Pfalzdelegierten, Oberleutnant Desoot, gezwungen hat, im Gegensatz zu seiner Ueberzeugung und anfänglichen Haltung, den „Erlaß der autonomen Pfalzregierung“ offizielle Anerkennung durch Eintragung in das Register der Rheinlandskommission zuzugestehen, dieses offizielle Frankreich sagt jetzt mit der harmlosesten Miene von der Welt, „da die Separatistenregierung nicht anerkannt sei“. Was bleibt freilich den Herren, die die Separatistenbanden bewaffnet, besoldet, versorgt, in jeder Weise unterstützt haben, nun anderes übrig als elende Heuchelei!

Da England aber die Dinge gut genug kennt, wird ihm auch klar sein, daß es nun gehen wird, das Treiben der französischen Militaristen und Imperialisten im ganzen bekehrten Gebiet ständig und scharf zu überwachen. Herr Poincaré, der gestern in der Kammer Goethes „Faust“ Altiert hat, wird gestatten, daß wir über den Kanal ein altes deutsches Wort hinüberrufen:

Man muß ihm auf die Fäuste sehen,
nicht auf das Maul!

Caillaux prophezeit eine Linksregierung.

London, 6. Februar. (U.) Der sozialistische „Daily Herald“ veröffentlicht einen Artikel aus der Feder Caillaux'. Der frühere französische Ministerpräsident bespricht ausführlich die Lage Frankreichs und sagt als Ergebnis der kommenden Wahlen die Bildung einer Linksregierung voraus, die das Gegenstück zum englischen Arbeiterkabinett bilden werde. Die politischen Führer beider Länder, fügte Caillaux hinzu, würden immer enger Bande zueinander knüpfen und ohne Zweifel versuchen, die Interessen Frankreichs und Englands in Uebereinstimmung mit einer großzügigen europäischen Politik zu bringen.

Die reichen Trabanten Frankreichs.

London, 6. Februar. (U.) Dem Berichterstatter des „Daily Telegraph“ zufolge sind jetzt aus Bukarest, Warschau und Belgrad die Antworten auf die britische Anfrage eingetroffen, ob die Sicherheiten, die diese Regierungen für die von Frankreich angebotenen Kreditskredite geben, die Forderungen Großbritanniens und anderer Mächte für frühere Verpflichtungen berührten. Es hätten alle den Inhalt, daß die Werke, die den Regierungen zur Verfügung stehen, mehr als genügend seien, um sowohl frühere als auch neuere Verpflichtungen zu garantieren.

Arbeiterregierung und Horthy-Ungarn.

Ungarische Sozialisten in London.

London, 5. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Hier verhandeln gegenwärtig Mitglieder der Arbeiterregierung mit einer Anzahl ungarischer Politiker, die nicht ohne Einfluß auf die innere Politik Ungarns bleiben dürften. Besonders Interesse bringt den ungarischen Verhältnissen Minister Wood entgegen, der vor drei Jahren persönlich Gelegenheit hatte, als Leiter der Studienkommission der Arbeiterpartei den weißen Terror in Ungarn kennen zu lernen. Auf seine Einladung ist der ungarische Sozialdemokrat Abg. Peidl nach London gereist, wo außerdem bereits Graf Richard Karolyi, der einstige Präsident der ungarischen Republik, und der bekannte Führer der ungarischen Emigranten, Genosse Ernst Garaai, weilten. Die englische Regierung ist um so eher in der Lage, einen gewissen Druck auf die gegenwärtigen Machthaber Ungarns auszuüben, als die Entscheidung über die ungarische Anleihe hauptsächlich von ihr abhängt. Sie scheint entschlossen zu sein, an die Gewährung der Anleihe bestimmte Bedingungen in bezug auf die Wiederherstellung der Rechtsordnung in Ungarn zu knüpfen. Die Londoner Besprechungen sind daher von besonderer Wichtigkeit für die künftige innenpolitische Entwicklung Ungarns und bilden zugleich ein bemerkenswertes Symptom für die internationale Bedeutung des Arbeiterregimes in England.

Die Arbeitslosigkeit in England.

London, 5. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Die Zahl der vollständig Erwerbslosen betrug am 28. Januar 1.224.700, d. h. 69.000 mehr als am 21. Januar, aber 201.200 weniger als am 1. Januar 1923. Die Zunahme der Arbeitslosen in der Woche vom 21. zum 28. Januar war größtenteils auf den Lokomotivführerstreik zurückzuführen.

Rumänien weist Ruhrarbeiter aus.

In verschiedenen lebenswichtigen Bergwerken hatten im vergangenen Jahre geflüchtete und ausgewanderte Ruhrarbeiter Beschäftigung gefunden. Rumänien hat die Absicht, auf französische Veranlassung, der rumänische Minister des Innern die Ausweisung dieser Bergarbeiter anordnet mit der Begründung, daß Rumänien auf seinem Gebiete keine Elemente dulden könne, die einem seiner Verbündeten feindlich gesinnt seien.

Dänemark und Deutschland.

Erklärungen des dänischen Innenministers.

Kopenhagen, 6. Februar. (U.) In einer großen Versammlung zu Dänke sagte der dänische Innenminister Krage: Die Grenzpolitik wird in enger Verbindung mit den früheren Erklärungen der Regierung geführt werden. Wir wollen in keiner Form oder zu irgendeinem Zeitpunkt versuchen, die Schwierigkeiten unseres südlichen Nachbarlandes auszunutzen, um die Grenze zu verschieben. Die Grenze steht fest. Wir wollen unsere Landesteile südlich der Grenze kulturell unterstützen, wie jedes Land dazu ein Recht hat. Wir müssen, um diese Aufgabe zu lösen, zusammensehen und uns gegen jede Form der Verdächtigung wehren.

Der Minister sagte noch, daß die Bedeutung des Abkommens der Dänen mit der deutschen Sozialdemokratie stark übertrieben worden sei.

Der neue japanische Botschafter Kunikida ist heute von Wien, wo er bisher Gesandter war, in Berlin eingetroffen.

Die Börse im Zweifel.

Das Geschäft am Effektenmarkt hielt sich heute wieder in bescheidenen Grenzen. Es scheint vorläufig nicht, als ob in absehbarer Zeit mit einer Bewegung größeren Stiles gerechnet werden könnte. Die Berufsspekulation sieht sich bei ihren verschiedenen Anläufen zu größeren Unternehmungen in der Regel sehr bald isoliert. Es fehlt ihr die Gefolgschaft des Publikums. Infolgedessen beobachtet sie vorläufig wieder eine stärkere Zurückhaltung. Es kommt hinzu, daß die schlaue Propaganda gegen verschiedene Bestimmungen der dritten Steuernotverordnung in weiten Kreisen eine gewisse Hoffnung auf Abänderung einiger Spezialbestimmungen dieser Verordnung zuweilen geweckt hat. Solange in dieser Beziehung nicht volle Klarheit besteht, kann natürlich auch die Bewertung der meisten Effekten nur mit einer gewissen Unsicherheit erfolgen. Mit größter Spannung steht die Börse den Ergebnissen der Verhandlungen im Reichsrat über die Aufwertungsfrage entgegen. Die Meinungen sind besonders hinsichtlich der öffentlichen Anleihe sehr geteilt. Kriegsanleihe lag heute wieder etwas fester als gestern. Seit einigen Tagen will man am Effektenmarkt wieder stärkere Auslandsäufe beobachtet haben. Auf die Kurzbewegung haben diese bisher noch keinen größeren Einfluß ausgeübt. Die Geldmarktlage ist im allgemeinen unverändert, doch nimmt die Nachfrage etwas zu. Es verlautete, daß die Banken, um das Effektengeschäft zu beleben, der Kundschaft wieder größere Besicherungen ihrer Wertpapiere gestatten wollen. Dies würde natürlich wesentlich dazu beitragen, die augenblickliche Flüssigkeit des Marktes zu vermindern. Auf der anderen Seite würden aber dadurch die Aussichten der Industrie und des Handels auf Beschaffung von Betriebskapitalen erneut verschlechtert. Im Devisenverkehr hat sich nichts Besonderes ereignet. Die Kurse blieben untrübt.

Die Wahl an der Saar.

Von M. Braun.

Der Ausfall der Wahlen zum saarländischen Landesrat, dem Parlamentskurium ohne Interpellations-, Petitions-, Initiativ- und Budgetbewilligungsrecht, ist durch zwei Hauptursachen charakterisiert: durch einen starken Rückgang links und durch die Niederlage jedes Saarseparatismus.

Obgleich das endgültige Ergebnis infolge der langwierigen, komplizierten Auszählung bei dem hier eingeführten System der freien Listenwahl auch heute noch nicht vorliegt — die Wahl fand bekanntlich am 27. Januar statt —, stehen doch diese beiden wesentlichsten Merkmale fest und können durch die kleinen Korrekturen der abschließenden Auszählung nicht mehr erschüttert werden.

Die Sozialdemokratische Partei hatte einen Stimmenzuwachs von mehr als 50 Proz., die Kommunisten konnten ihre Stimmen mehr als verdoppeln, während das Zentrum, die vereinigten Liberalen und Demokraten und die Deutsche Wirtschaftspartei vier Mandate verloren und die Deutschnationalen und der Saarbund vollkommen leer ausgingen. Der Rückgang links ist von außen wie innenpolitischen Gesichtspunkten aus das bei weitem erfreulichste und bedeutungsvollste Ergebnis der Wahl, während die Niederlage des Saarseparatismus für jeden Kenner der Saargebietverhältnisse selbstverständlich war. Mit dem Rückgang links hat die Saargebietbevölkerung ein unzweideutiges Bekenntnis für die außenpolitischen Ideale der sozialen Demokratie unserer Zeit und gegen den Chauvinismus und die nationalistische Verhetzung der Rechtsparteien abgegeben.

Das Fiasko der Deutschnationalen, die von den sieben (!) eingereichten Listen die wenigsten Stimmen und kein Mandat erhielten (und die daraus vielleicht die Lehre ziehen könnten, die Behandlung der Schwierigkeiten in den deutsch-banischen Grenzgebieten mit etwas mehr Bescheidenheit vorzunehmen) und die Verluste der ihnen in manchem naheliegenden Rechtsliberalen wollen in einem Grenz- und Abstammungsgebiet, in dem ein zäher Kampf der politischen und wirtschaftlichen Interessen zweier Nationen nun schon fünf Jahre in unverminderter Heftigkeit, wenn auch durch die dämpfende Tätigkeit des Völkerbundes in immer weniger lauten Formen, vor sich geht, besonders gewertet sein. Gewiß haben wirtschaftliche Not und Unternehmerrückständigkeit manchem einen kommunistischen Stimmzettel in die Hand gedrückt, der, ohne von Kommunismus auch nur eine blasse Ahnung zu haben, nur ein Ventil für die Erbitterung über seine materielle Not und Verärgerung brauchte. Um so mehr, als er dank der wunderbaren Erziehungsarbeit unter dem reaktionären System der Kaiserfreunde Stumm-Hilger weder über irgendwelche gewerkschaftliche und politische Schulung verfügte. Der ganze Ansturm der Kommunisten mit den üblichen Methoden der Verteufelung richtete sich ausschließlich gegen die Sozialdemokratie. Daneben war unsere Partei dem Gesamtangriff der bürgerlichen Parteien ausgeliefert und wurde von ihnen als „national unzuverlässig“ verleumdet. Endlich aber unternahm die katholische Geistlichkeit auf Grund des Beschlusses der Fuldaer Bischofskonferenz einen Generalangriff auf die freien Gewerkschaften und die Sozialdemokratie mit allen Mitteln des Gewissenszwanges. Angesichts alles dessen ist der gewaltige Stimmenzuwachs der Sozialdemokratie vor allem ihrer klaren politischen Linie zu verdanken. Unter Befohlung der Völkerbundidee trat sie für Völkerverständigung und Völkerverständigung auf dem Boden des demokratischen Selbstbestimmungsrechts der Völker ein, natürlich auch des Saarvolkes. Im Innern führte sie einen unablässigen Kampf für die Erweiterung der Volksrechte und die soziale und demokratische Ausgestaltung der Regierung und der Wirtschaft.

Der Rückgang links bei den Landesratswahlen im Saargebiet liegt im Zuge derselben Entwicklung, den die österreichischen und die englischen und, soweit das bei einem indirekten Verfahren und den fehlenden Linkskoalitionen möglich war, auch die Senatswahlen in Frankreich gezeigt haben und den hoffentlich im Frühjahr auch die französischen Kammerwahlen und die — deutschen Reichstagswahlen aufweisen werden. Er ist für die Sympathien des Saarvolkes im Ausland, auf die es als Völkerbundland ganz besonders angewiesen ist, von der günstigsten Wirkung. Um so mehr, als auch bei den rechtsbürgerlich regierten Völkerbundstaaten niemand so schlecht angefahren ist als die deutschen Rechtsparteien, denen man nun einmal eine ehrliche Begeisterung für friedliche demokratische Entwicklung nicht glauben will. Außerdem hat die Saargebietbevölkerung durch ihre entschiedene Ablehnung aller chauvinistischen Tendenzen allen ehrlichen Demokraten und Pazifisten im Völkerbund das Eintreten für die Selbstbestimmungsrechte wesentlich erleichtert.

Innerpolitisch gesehen, bedeutet der Rückgang links den Protest der Bevölkerung gegen eine ungerechte Verteilung der Lasten und den Mangel an demokratischem und sozialem Ausbau im Völkerbundlande. Er ist der beste Beweis dafür, daß die konsequent immer wieder von der Sozialdemokratie vertretene Forderung nach größerer Beteiligung der Bevölkerung an der Regierung und dem Aufbau einer modernen Sozialpolitik in einem solchen Bergbau- und Industriegebiet die dringendste Angelegenheit des Tages ist.

Was die Schlappe des Saarseparatismus angeht, so haben sowohl der frankophile Saarbund, der nur 4 Proz. aller Stimmen erhielt, wie die sich alldeutsch gebärende, aber keineswegs separatistenfreie „Deutsche Wirt-

schaffspartei", die 42 Proz. ihrer Stimmen verlor, erfahren müssen, daß die Idee eines neuen Zwergstaates von der Saarbevölkerung mit überwältigender Majorität abgelehnt wird. Es ist freilich nicht anzunehmen, daß der Saarparatismus und seine Hintermänner daraus lernen werden.

Die Deutschnationalen zogen in den Wahlkampf mit dem Bilde des (von ihnen mißhandelten) Alten Fritz, die Saarpatrioten mit dem Schlachtruf: „Das Saarland den Saarländern!“

Gegen beide bedeutet der Wahlausfall mit seinem Ansruck eine unmißverständliche Demonstration für die Ideen einer neuen Zeit mit neuen politischen Methoden.

Völkische und Deutschnationale.

Die Auseinandersetzung zwischen den reaktionären Gruppen ist überall im Gange. Wenn deutschnationale Landesverbände demonstrieren, Resolutionen in deutschvölkischem Sinne annehmen, so dient das wohl nur dem Zweck, einer unangenehmen Konkurrenz den Wind aus den Segeln zu nehmen. Bei den Wahlen in Mecklenburg macht sich diese völkische Konkurrenz für die Deutschnationalen nämlich sehr unangenehm bemerkbar. Selbst der Landbund, die eigentliche deutschnationale Domäne, ist vor dem völkischen Zerfurchungsbaßillus nicht mehr sicher. Die völkischen Zerfurchungsbaßillus nicht mehr sicher. Die völkischen Zerfurchungsbaßillus nicht mehr sicher. Die völkischen Zerfurchungsbaßillus nicht mehr sicher.

„Auf dieser soll an feilich sicherer Stelle sage und schreibe ein ganz völkischer stehen. Sollte dies richtig sein — vorläufig kann ich der Partei solche Kurzsichtigkeit nicht zutrauen — dann möge die Parteileitung sich darüber klar sein, daß die aufrechten deutschen Kreise entweder aus Widerwillen sich ganz von der Wahl fernhalten oder aus der Ueberzeugung heraus, daß die Deutschnationalen nicht völkisch sein wollen, sich der Deutschvölkischen Freiheitspartei zuwenden.“

Die „Deutsche Zeitung“ meint, daß „es im dringenden Interesse der Deutschnationalen Volkspartei läge, baldmöglichst offiziell vorerwähnte Gerüchte als haltlose Verdächtigungen zu bezeichnen“. Je näher der Wahlkampf heranrückt, um so mehr wird der Kampf um die Diäten-schlucker-Sessel sich bei den Herrschaften bemerkbar machen.

Völkische Roheit.

Der „Völkische Kurier“, Vaterländische Tageszeitung, schreibt in seiner zweiten Nummer zu der Meldung, daß die Erzberger-Mörder verhaftet sein sollen, wortwörtlich folgendes:

„Nun wird die Demotroten- und die Zentrumsprelle der ganzen Welt jubeln, daß der „scheußliche Mord“ an Erzberger seine Sühne finden kann. Aber davon wird sie nichts schreiben, was wir diesem Menschen alles zu verdanken haben. Nichts davon, daß er eine Platonopolitika für die Auslieferung Deutschlands an die Entente unterschrieb, nichts davon, daß er die Annahme des „Friedens“ von Versailles erzog, nichts davon, daß er auch später an unserer Vernichtung (!) (siehe seine Steuerpolitik!) weiterarbeitete, bis er in einer Wolke von Unrat verschwinden mußte. Verdient hat er den Tod tausendfach und Schutz und Messen führten nur aus, was Millionen als heimliche Gedanken in der Brust bergen. Spricht man das aus, so bedeutet das noch lange keine Billigung des politischen Mordes.“

An Gefinnungsroheit kann diese Gesellschaft wirklich von niemand übertroffen werden.

Der preußische Innenminister Severing ist zur Erledigung dienstlicher Angelegenheiten heute vormittag in Königsberg l. Br. eingetroffen.

Die apokalyptischen Gardereiter.

Von Josephus.

In der Arbeitsstunde waren damals die „Gardereiter“ üblich. Kadein oder Stahlfederpigen wurden in die zähen Radiergummis gesteckt. Darauf wurde man durch energischen Druck auf die Schulter genötigt, Kopf zu nehmen. Häßlicher noch war die Ausstattung der Gradhalter mit Gardereitern. Auf jeder Stufe gab es zwei oder drei dieser offiziellen Martierinstrumente, die an der Tischplatte befestigt werden konnten. Das Kinn sollte auf einem kleinen Holzsteller ruhen, der in solcher Entfernung vom Tisch angebracht war, daß man genötigt wurde mit gerade gestrecktem Rücken zu sitzen. Schmerzhaft wurde die Sache durch die Einführung lichter und rofiger „Gardereiter“ in den Halzsteller. Der zweite Studienast besaßte sich gern damit, daß er den Schädel der beiden Seiner zum Ziel seiner Ranzenwürfe machte. Er tauchte die im Halter stehenden Federn in die Tinte und warf sie nach unseren Köpfen. Es kam darauf an, daß die Geschosse in der Kopfhaut stecken blieben.

Das erzählt kein „Marxist“, kein „Vaterlandsloser“, kein „Jud“, sondern der bekannte Gelehrte und Universitätsprofessor Leopold von Wiese in einem Berliner Morgenblatt, in dem er seine Memoiren veröffentlicht. Leopold von Wiese hat einen Teil seiner Kindheit in der Kadettenschule zur Wahlstatt verbringen müssen. Es war jene Kadettenschule, aus der Feldmarschall von Hindenburg „herorgegangen“ ist und in der, wie man von einem einwandfreien, nicht einmal gebüßig erzählenden Zeugen erfährt, die Kadettenschüler rostige Stahlfedern in die Kopfhäute ihrer Kameradengossen steckten.

Es mag ein unfaimiger Zufall sein, daß gerade Hindenburg diese Kadettenschule besucht hat. In anderen Kadettenschulen wird es ähnliche Wege gegeben haben. Und es ist ein Zufall, daß ich die Geschichte von den rostigen Stahlfedern in einem Café las, an dessen Wand ein Hindenburgporträt hing. Ich kann dennoch nicht mehr die Vorstellung von dem Angesicht des Feldmarschalls von der Erinnerung an die wahlstättlichen „Gardereiter“ trennen. Kein vaterlandstrophes Belebend und keine verlogene Historie von der Güte, der Gerechtigkeit, der Tapferkeit, der humanität eines Feldmarschalls und eines Generals werden es mich vergessen lassen, daß unsere Generäle, unsere Feldmarschälle, unsere Führer im Weltkrieg auch einmal Sekundanten in Kadettenschulen waren und mit rostigen Stahlfedern in die Kopfhäute ihrer Kameraden stachen.

„Anabenstreiche?! — Wo in aller Welt, die Väter der Cosmos und der Kannibalen eingeschlossen, finden sich Anaben, welche die Schädel ihrer Freunde mit Stahlfedern durchlöchern? Aus reiner Freude am wahnsinnigen Schmerz des Nächsten? Was ist das für eine Gattung von Anabenübermut, der sich nicht gegen den

Völkische Pogromisten verurteilt.

Nürnberg 6. Februar. (Mit.) Nach einem „Vaterländischen Abend“ der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei in Nürnberg in der Nacht auf den 29. Oktober 1923 war es zu antijüdischen Ausschreitungen gekommen, derenmengen nimmere gegen 9 Teilnehmer vor dem Volksgericht Nürnberg verhandelt wurde. Wegen Verbrechens des Landfriedensbruchs wurden unter Jubilation mildere Umstände der Rädelsführer, Inspektore Georg Leicht, zu einem Jahr Gefängnis und vier weitere Teilnehmer zu Gefängnisstrafen von drei bis vier Monaten verurteilt. Die übrigen Angeklagten wurden freigesprochen. Von 10 Angeklagten waren sechs bereits erheblich vorbestraft, darunter der Rädelsführer Leicht mit Zuchthaus.

Reichswehr beim Jungdo.

In Thüringen macht sich die Reichswehr beliebt. Sie hält Konzerte ab und löst sich zu dem Zweck mit Laiktanten durch das Land kutschieren. Sie verbindet dabei das Angenehme mit dem Nützlichen, sie macht nicht nur Reklame für sich. Sie gibt dieser Reklame den besonderen Beigeschmack dadurch, daß bei dieser Gelegenheit auch für — den deutschvölkischen Gedanken in Form des „Jungdeutschen Ordens“ geworben wird. So liegt uns z. B. aus Proßkella ein Inserat des Jungdeutschen Ordens vor, nach dem die Reichswehr ein vom Jungdeutschen Orden organisiertes Wohltätigkeitskonzert arrangiert. Wir haben nicht das geringste dagegen, daß die Reichswehr Konzerte macht, daß sie sich bei der Beoditerung beliebt zu machen sucht. Das alles ist ihre Angelegenheit, aber wir fragen: würde die Reichswehr auch bei einem Wohltätigkeitskonzert, das die kommunistische Partei veranstaltet, mitwirken? Wir glauben kaum! Dann sollte sie es auch unterlassen, indirekt für ausgesprochen deutschvölkische Organisationen Reklame zu machen. Das wäre in ihrem eigenen Interesse zu wünschen.

Was Lenin nicht befürworten dürfte.

Schonung des georgischen Volkstums.

Dem in Berlin erscheinenden Mitteilungsblatt der russischen Sozialdemokratie entnehmen wir die bezeichnende Tatsache, daß sogar Lenin in Sowjetrußland die freie Meinungsäußerung nicht gewährt wurde, wenn er einmal anders wollte als die hohe Geistlichkeit der Sowjetkierke, als er nämlich für Schonung des georgischen Volkstums eintrat. Das ging so zu:

Nach der militärischen Befehung Georgiens wollte ein Teil der Moskauer Kommunisten ein zentralisiertes Staatsystem einführen, um die georgische Nation ihrer Selbstständigkeit zugunsten eines strengen Zentralismus vollständig zu berauben. Zwei Mitglieder des kommunistischen Zentralkomitees wurden nach Georgien entsandt, nämlich das vormalige Oberhaupt der „Tscheta“ Dscherschinski und Stalin, der selbst Georgier ist (richtiger Name Dschugoschwili). Die beiden haben sich aber nicht nur als scharfe Gegner der georgischen Selbstständigkeit wenn auch im Rahmen eines großen Sowjetstaates, ausgesprochen, sondern haben sich eine sehr rohe Handlungsweise gegenüber den — liberalistisch gestimmten — georgischen Kommunisten zuschulden kommen lassen. Lenin war über diese Haltung seiner Abgesandten sehr empört und schrieb am 31. Dezember 1922:

„Ich habe schon in meinen Arbeiten über die nationale Frage geschrieben, daß eine rein abstrakte Stellungnahme in der nationalen Frage überhaupt nicht möglich ist. Man muß den Nationalismus einer herrschenden Nation von dem einer unterdrückten Nation unterscheiden. Man muß zwischen dem Nationalismus einer großen und dem einer kleinen Nation zu unterscheiden verstehen.“

Was den Nationalismus der letzten Art anbetrifft, so fragen wir (die Großrussen. Red.) fast immer die

Schuld an einer unendlichen Masse von Gewalttaten, ja noch mehr, wir merken gar nicht, daß wir selbst eine unendliche Menge von Gewalttaten und Beleidigungen begehen.

Der Internationalismus einer herrschenden Nation, oder einer sogenannten „großen Nation“ (mag sie auch bloß durch ihre Gewalttaten groß sein) darf sich nicht nur damit beschränken, daß die formale Gleichheit der Nationen proklamiert wird, sondern er muß auch in einer Gleichheit bestehen, die jene Ungleichheit der kleinen Nationen wiedergutmacht, die ihr die unterdrückende

große Nation zufügt. Wer dies nicht verstanden hat, der hat überhaupt die proletarische Stellungnahme zur nationalen Frage nicht begriffen. Er bleibt in Wirklichkeit auf einem kleinbürgerlichen Standpunkt stehen und muß daher immer wieder zum bürgerlichen Standpunkt herabfallen.

Für das Proletariat ist nicht nur von Wichtigkeit, sondern direkt notwendig, daß es sich in seinem befreienden Klassenkampf das meiste Vertrauen der anderen Schichten sichert. Dazu ist nicht nur die formale Gleichheit, sondern außerdem nötig, daß man durch das Verhalten gegenüber den kleinen Nationen jenes Mißtrauen und jenes Gefühl der Beleidigung ausmerzt, die die große herrschende Nation bei den kleinen Nationen hervorgerufen hatte.

Ich glaube, daß wir

mit der georgischen Nation ein typisches Schulbeispiel

dafür haben, daß wir größte Vorsicht und weitgehendes Entgegenkommen an den Tag legen müssen, wenn wir uns echt proletarisch verhalten wollen.

Es ist deshalb richtig, den kleinen Nationen gegenüber lieber zu viel Entgegenkommen und Schonung zu erweisen, als zu wenig. Wir dürfen uns nie zur nationalen Frage rein formell einstellen, sondern im Gegenteil, wir müssen immer den Unterschied im Auge behalten zwischen einer unterdrückten oder kleinen und einer unterdrückenden oder großen Nation.

Diese seine Ansichten konnte Lenin auf dem Parteitag nicht persönlich verteidigen, da er damals schon krank war. Er wandte sich deshalb an Trotski mit dem folgenden Schreiben:

„Weiter Genosse Trotski! Ich möchte Sie bitten, die Verteidigung der georgischen Sache auf dem Parteitag zu übernehmen. Die Angelegenheit wird im Augenblick von Stalin und Dscherschinski untersucht; ich kann mich aber auf ihre Objektivität nicht verlassen, eher im Gegenteil. Wenn Sie sich bereit erklären würden, die Verteidigung auf sich zu nehmen, so wäre ich vollkommen beruhigt.“

Trotski der mit Lenin in der nationalen Frage einverstanden war, hat aber zur Bedingung gemacht, daß die nicht veröffentlichten Artikel von Lenin auf dem Parteitag verlesen werden. Jedoch der kommunistische Parteivorstand, der in der nationalen Frage eine andere Stellung eingenommen hatte, wie die beiden Führer, hat Trotski nicht erlaubt, seine und Lenins Ansichten in dem einleitenden Vortrag vor dem Parteitag zu entwickeln.

So blieben Lenins Aufzeichnungen und seine Briefe an Trotski konfisziert.

Kadef wehrt sich.

Er will kein Opportunist sein.

Moskau, 6. Februar. (D.E.) Wie auf Grund authentischer Materials zum Fall Kadef festgestellt werden kann, hat Kadef vor dem Forum der russischen kommunistischen Partei eine Erklärung abgegeben, welche ihn gegenüber dem ihm ausgesprochenen Tadel rechtfertigen sollte; in seiner Stellungnahme zu der Frage des Vorgehens der kommunistischen Partei Deutschlands im Jahre 1923 sei er mit dem Zentralkomitee der russischen kommunistischen Partei wie mit dem Exekutivkomitee der kommunistischen Internationale vollkommen einig gewesen, die beide anerkannt hätten, daß die KPD im Oktober des vorigen Jahres richtig handelte, als sie von einem bemächtigten Aufstand abließ. Den Vorwurf, er habe in „opportunistischer“ Weise die Meinungsverschiedenheiten im Lager der deutschen Faschisten auszunutzen versucht, weist Kadef mit einem Hinweis auf Lenin zurück, der in einer seiner Schriften ausdrücklich empfohlen, sich jede Spaltung im gegnerischen Lager zunutze zu machen und Bundesgenossen auch bei der Bourgeoisie zu werden, wo sie irgend zu finden seien. Was die KPD betreffe, so sei deren rechter Flügel die alterprobierte Gruppe, welche die nächsten Mitarbeiter Plebnichs und Kola Lugenburgs zu den ihren zählte; mit diesen, den Brandier, Pied, Talheimer, Walcher, Klara Zeltin, fühle er sich solidarisch, im Gegensatz zu den Führern des unreifen pseudo-radikalen linken Flügels. Kadef's Erklärung wurde von Sinowjew mit einer Begenerklärung beantwortet, die mit wertlicher Schärfe den Tadel des Zentralkomitees aufrechterhielt.

Huertig ist nicht tot; er hat das nur aussprengen lassen, um desto sicherer mit seinem Stab zu Schiff Mexiko oder wenigstens Veracruz verlassen zu können.

„Feind“, den „Borgefehten“, den Behrer, wendet, sondern gegen die Wehrlosen, die Schwächeren, die Jüngeren? Wo ward ein solcher Sadismus je erkeht? — In preußischen Kadettenschulen. Hier wuchs jene Raste heran, die uns durch Peitsche und Monokel, durch Kapselklappe und nasales Kommando nozuchtigte. Und wir waren nicht einmal ihre jüngeren Kameraden! Diesen Reden man nur Stahlfedern in die Kopfhaut, uns steckte man mitsamt unserer Kopfhaut in die mauerischen Sämpfe.

Nicht um das Wohl der Köpfe war man in den Kadettenschulen besorgt, sondern um das Wohl der Kopfhäute. Dahin ist das Grauen vor den Stalpfinstern der Indianer. Diese zogen die Kopfhäute ihrer Feinde ab. Unsere Kadetten die ihrer eigenen Kameraden. Das Kinn ruhte auf einem Holzsteller. Auf dem Holzsteller lag ein Radiergummi. Und im Radiergummi steckte eine Feder. Wo stach man sich die edher ins Kinn. Solange man ein junger Kadet war. Wurde man älter, so stach man die Jüngeren. Man wehrt genug. Der Gestochene muß stechen. Der Stalpierte muß stalpiieren. Das war das Gesetz unseres Lebens, unserer Arbeit, unseres Untergrundes. Die perverse mörderische Phantase, die jens „Gardereiter“ erfunden, hat noch nicht zu wirken angehört: Die apokalyptischen „Gardereiter“ der Kadettenschulen galoppieren durch Deutschland...

Premiere am Kurfürstendamm.

Ein raffiniert elegantes Schmuckstück-Theater. Schauspieler von Rang und Namen und ein Stück von einem Russen. Was tut da ein hochnobles Publikum? Es kann nicht anders, es jubelt vor Begeisterung. In Rußland ist der Schriftsteller Lew Lwow man hofft, dessen dreitägiges Schauspiel „Wera Wirzewa“ gestern im Theater am Kurfürstendamm seine Uraufführung erlebte, weniger bekannt. Die Zuschauer bewiesen ihre Anteilnahme, indem sie ihm in Deutschland die Geltung verschafften, die ihm in Rußland bisher nicht zuteil wurde. Ich war nicht so gepackt von der sensationellen Handlung, weil mir die Fänge einer Lustschwärzerin aus der Gesellschaft nicht so gefällig ist. Wera Wirzewa schießt nämlich im ersten Akt ihren Liebhaber tot, weil er sich als Schuft entpuppt und mit ihren Liebesbriefen Erpressungen verüben will. Im zweiten und dritten Akt löst sie mit einer gewissen Wollust die Qualen des Verbrechens aus, der nicht entdeckt werden will und mit Geld und Genuß seine ganze Umgebung anfligt. Ihre Loos wird dadurch besonders brenzlich, daß ihr Mann Staatsanwalt und sein Freund Unterstaatssekretär ist. Zum Schluß stößt die Luand ihre Kraft verläßt sie, sie kann nicht mehr lügen. Was der Staatsanwalt tun wird, das auszudenken, bleibt dem Zuschauer überlassen. Falls er es eben ein russisches Schauspiel, wo es auf die Wirnisse der Psychologie ankommt. Die Zuschauer hatten für die Sensation volles Verständnis. Der Stoff ist von Dostojewski her längst bekannt. Spannend war die Geschichte auch nicht, sondern wegen der verzapften Psychologie, obspannend. Aber im dritten Akt trat ein richtiger russischer Tänzer und eine richtige russische Tänzerin auf und gaben eine Varieténummer zum

besten (in Originalkostümen und mit Balaiska). Das entschied den Erfolg. Die Piece pokte absolut nicht ins Stüd, aber das Publikum war glücklich.

Die Wera Wirzewa bemühte sich Elise Heims dem Kurfürstendamm-Publikum mundgerecht zu machen. Diese große Künstlerin, an die wir von Reinhold's Zeiten her mit Bewunderung denken, versagte, als es sich um ein Sensationsdrama handelte. Sie hatte mehrere Male großes Spiel zu geben, bei dem sie allein auf der Bühne stand und Szenenqualen darstellen sollte. Kunstwerke ist Elise Heims gemiß gewachsen. In Sensationen wird sie mauerwerk und unwahr. Von den übrigen Rollen sind der feiste Unterstaatssekretär des Jakob Ledike, eine prächtige Charge Joh. Gottowis, und Conrad Weidt, der milde Lump von Lebemann, zu erwähnen. Ernst Degner.

Kindliches aus Sowjetrußland. Der Rat der Volkskommissare des Sowjetbundes befaßt sich zurzeit mit dem Gesuchwurs über die Regelung des staatlichen Verwaltungsdienstes. Nach diesem Entwurf sind, wie der Df-Expresch berichtet, nach Erreichung des achtzehnten und bei erteilter Genehmigung des zuständigen Arbeitsamtes sogar schon des vierzehnten Lebensjahres alle Bürger des Sowjetbundes zum Eintritt in den staatlichen Verwaltungsdienst berechtigt. Allerdings sollen Personen, denen das Wahlrecht nicht zusteht, zur Beamtenaufnahme nicht zugelassen werden. Nach Ablauf von je fünf Jahren Dienstzeit haben die Beamten Anspruch auf einen Rotursurlaub. Die Namen der besonders verdienten Beamten sollen in der Presse bekanntgemacht werden und ihre Träger durch eine erhöhte Pension und den Orden der Roten Arbeitsehrung eine Auszeichnung erhalten.

Daß Staatsbeamte, die sich im Kindesalter befinden, Freude an Ordensbegehungen haben, wäre am Ende erklärlich. Und dieselbe Freude aber noch in reiferen Jahren zu verspüren, dazu muß man entweder ein treugläubiger Unterthan oder ein strammer Revolutionär von radikaler bolschewistischer Radikalität sein.

Die Akademie der Künste eröffnet am Sonnabend, den 9., eine Ausstellung von Werken des 1923 verstorbenen Malers Berni Grünwald. Die Ausstellung ist von 2 Uhr ab dem Publikum allgemein zugänglich und weiterhin täglich von 10—5 Uhr zu besichtigen.

Paul Cassirer, Verleger, 35, eröffnet am 7. Februar eine Retrospektiveausstellung des Bildhauers Fritz Koll.

Die **Langhölzer** haben am 8., 9. und 10. im Theater am Kurfürstendamm neue Tänze und Tanzspiele bringen, die bisher in Berlin noch nicht gezeigt wurden. Das erste Programm umfaßt Kammerstücke mit Singelängen, Szenen und Lieder, ein weiteres Tanzspiel in fünf Akten. Das zweite Programm bringt weitere Kammerstücke, die Langhölzer „Dramentiere“ und einen Reigen aus der Langhölzer „Der schwebende Tempel“. Das dritte Programm wird am Freitag und in der Rotunde am Sonntag gegeben, während das zweite Samstag und Sonntag abends zur Aufführung gelangt.

Der Bodenlos als Kistenkassette? Der Plan, den Bodenlos als Kistenkassette für den Rhein auszubauen, wird jetzt näher erogen. Die Bodenlosung des Bodenloos stellt eine Lösung von dem Konstanzer Niedrigwasserstand von 3 Meter auf den Hochwasserstand von 4,8 Meter dar. Dadurch würde eine Aufhebung von 1 Milliarde Kubikmeter ermöglicht und die Wasserführung des Oberrheins von 40 Kubikmeter in der Sekunde auf 120—140 Kubikmeter erhöht werden.

Steuerverordnung und Gemeindehaushalt.

Der Entwurf der dritten Steuerverordnung, der vor seiner endgültigen Erledigung noch die Klappen der Beratung im Reichsratsausschuss und im Finanzausschuss des Reichstags zu überwinden hat, bedeutet keineswegs eine endgültige Lösung der finanziellen Probleme der deutschen Gemeinden. Der Entwurf stellt sich im wesentlichen als der Entwurf eines Rahmengesetzes dar. Seine finanzielle Auswirkung für die Gemeinden wird erst durch die Ausführungsregeln erhalten, die die Länder auf Grund dieses neuen Gesetzes durchzuführen haben. Erst nach Beratung der Steuerverordnung wird also in den Ländern die Regelung der außerordentlich komplizierten Fragen vor sich gehen, die durch die Steuerverordnung aufgeworfen sind. Die Gemeinden werden infolgedessen erst nach längerer Zeit übersehen können, wie sich auf Grund dieser Neugestaltung ihre eigenen Verhältnisse entwickeln können.

Zwischen ist die Begründung erschienen, die die Reichsregierung der Steuerverordnung beigegeben hat. Diese Begründung enthält wichtiges Material, das zur Schaffung eines Ueberblicks über die finanzielle Auswirkung der Steuerverordnung wenigstens schätzungsweise dienen kann. Die Regierung begründet die Einstellung der Reichsregierung auf die Lösung einer ganzen Reihe wichtiger Aufgaben — wie Wohlfahrtspflege, Schul- und Bildungswesen und Polizei — damit, daß eine klare Scheidung der Ausgaben und eine scharfe Trennung der Verantwortlichkeiten die stärkste Gewähr für wirtschaftliches und sparsames Verhalten ist. „Die Regierung sieht ihren Vorschlag nicht als endgültig an, sie ist aber der Meinung, daß der von ihr vorgeschlagene Versuch einer Trennung der Steuerquellen ein Schritt vorwärts sei.“

Der Regierungsentwurf legt den Anteil an der Einkommensteuer auf 50 Proz. fest, hebt die Erbschaftsteuer als Ueberweisungssteuer auf und beschränkt die Beteiligung der Länder an der Umsatzsteuer auf das neue halbe Prozent, das seit dem 1. Januar erhoben wird.

Nach den Schätzungen der Begründung soll sich aus dem Aufkommen an Einkommen- und Körperschaftsteuer eine Ueberweisung von 223,20 Millionen Mark, aus dem Fortfall der Erbschaftsteuer eine Ueberweisung von 6 Millionen, aus der Neuordnung der Umsatzsteuer eine Ueberweisung von 144 Millionen ergeben. Die wichtigste Neuerung ist die Ueberweisung der Grundsteuer vom bebauten Grundbesitz (Mietsteuer), die nach den Wünschen der Reichsregierung die Mieten um 50 Proz. der Friedensmiete am 1. April auf 80 Proz. der Friedensmiete im Dezember 1924 und unter gleichzeitiger Steigerung der Steuer um je 3 Proz. monatlich bringen soll. Die Ueberweisung gibt allerdings zu, daß gegen dieses Tempo Bedenken vorgebracht werden können und will deshalb das Aufkommen im Rechnungsjahr 1924 auf nicht mehr als 650 Millionen Goldmark schätzen. Die Steuererinnahmen der Länder und Gemeinden im Rechnungsjahr 1924 würden sich nach diesen Berechnungen folgendermaßen verhalten:

In Millionen Goldmark:

| | Anteil der Länder und Gemeinden | | nach der neuen Steuerordnung |
|--|---------------------------------|-------|------------------------------|
| | Naher | Neuer | |
| A. Aus Reichssteuern. | | | |
| Einkommen- und Körperschaftsteuer | 1 488 | 1 116 | 1 330,2 |
| Erbschaftsteuer | 80 | 0 | 0 |
| Umsatzsteuer | 1 440 | 880 | 216,0 |
| Grundwerbsteuer | 150 | 150 | 150,0 |
| Kraftfahrsteuer | 50 | 50 | 50,0 |
| Kennzeichensteuer | 40 | 40 | 40,0 |
| B. Aus Landes- und Gemeindesteuern. | | | |
| Mietsteuer | — | — | 650,0 |
| Realsteuer | — | 1 100 | 1 700,0 |
| Summa | 3 198 | 2 822 | 3 645,2 |

Danach würde sich für die Länder und Gemeinden, wenn man der Schätzung über die Mietsteuer folgt, ein Mehr von 728,2 Millionen Mark ergeben. Allerdings muß die Mietsteuer von den Ländern in dieser Höhe und in dieser Form erst mal beschaffen werden und das wird ohne harte Kämpfe nicht gehen. Die fragwürdigen Plus steht nun aber gegenüber, daß die gesetzgeberischen Aufgaben, von denen sich das Reich zu entlasten versucht, die Länder mit Ausgaben für Sozial-, Kleinrentner-, und Kriegsbeschädigtenfürsorge usw. in Höhe von 177,5 Millionen Mark belastet. Dazu treten die von den Ländern zu übernehmenden Kosten für die Polizei und für die Neuordnung der Erwerbslosenfürsorge.

Insgesamt werden diese Ausgaben mit den Wohlfahrtsausgaben auf 400 Millionen Goldmark geschätzt. Das ganze Ergebnis für Länder und Gemeinden bleibt also nach der Schätzung der Reichsregierung ganze 326,8 Millionen Mark für den Fall, daß die Länder die genialen Lösungen der Reichsregierung akzeptieren, einen großen Teil der Reichsausgaben übernehmen und sich auf die empfindliche Mietsteuer stützen. Diese Angaben genügen schon, um zu zeigen, daß mit dem Entwurf der dritten Steuerverordnung die Sache zweifellos noch nicht ihr Bewenden haben wird.

Wie im Mittelalter.

Münchener Affäre.

München, 6. Februar. (M.B.) Am 27. Januar schärfte ein höherer Beamter in einer Privatgesellschaft dem Sinne nach: Während des Hofratsprozesses Buchs sei der Angeklagte Bachaus als unliebsamer Zeuge besteuert worden, ebenso werde im Hitter-Prozess Oberlandesgerichtsrat

Döhner bezeugt oder mindestens vernichtungsunfähig gemacht werden. Er sei bereits mager- und darmleidend. Diese Behauptung wurde mit schriftlicher Bestätigung zweier Zeugen von einem jugendlichen Mitglied des früheren Bundes Oberland dem General Ludendorff übergeben.

Der Beamte versuchte — so gibt er an —, den General Ludendorff zu überzeugen, daß seine Äußerungen rein privater Natur seien und nicht so gemeint waren, wie ihr Wortlaut entnehmen läßt, und erklärte ihm, daß eine Verwertung im Prozeß ein untaugliches Mittel sei. General Ludendorff wies — nach der Mitteilung des Beamten — diesen Versuch scharf zurück mit dem Bemerkung, daß er bei der insamen Behandlung, die ihm zuteil werde, jedes Mittel benutzen müsse, das sich ihm biete. Der Beamte wurde vorläufig seines Dienstes entbunden.

Die Korrespondenz Hoffmann bemerkt dazu: Die Lobesurteile Bachaus ist der Dessenität hinlänglich bekannt (1). Mehr den Grund und Stand der Bekämpfung des Oberlandesgerichtsrates Döhner wird dieser selbst sowie der ihn behandelnde Arzt am besten Auskunft geben können.

Säuglinge auf der Straße und im Heim.

In der Budapestter Straße: Tausende Autos mit wohlgepflegten, pelzwärmten Damen und Herren, ratternde Omnibusse, strotzende Straßenbahnwagen und dazu das Gewühl der hastenden Menschen. Keiner kennt den anderen und keiner sieht den anderen. Vorbei, vergessen. Immer neue, immer andere Gesichter. Aber um die Mittagsgasse an der gleichen Stelle zwei Frauen. Sie stehen da tagen, tagaus. In Sonnenschein und Regen, in Kälte und Schnee. Sie sagen zu den Vorbeihastenden nichts, sie bitten niemand um tägliche Brot und frieren. Auf ihren Armen stunde Säuglinge, erst wenige Wochen alt. Blau vor Kälte haben sie die dünnen Händchen im Frost zusammengeballt. Dunkle Schatten liegen auf den mageren, gelben Gesichtern. Sie schreien nicht, wie wohlgenährte Säuglinge, wenn sie Hunger haben. Ja, sie sind „abgehärtet“, die Wärmchen auf der hungernden Mütter Arm. Die Mädchen müssen mit auf die Straße. Sie können doch nicht allein bleiben „zu Hause“, und sie sollen wohl auch Mitleid erwecken. Wer sieht denn auch sonst auf die Armen? Aber es gibt doch gerade jetzt soviel Wohltätigkeitsorganisationen in hungernden Deutschland und fast jede „bessere Dame“ gehört irgendeinem derartigen „Komitee“ an. Da wäre doch wohl etwas für die hungerigen Kinder über haben davon noch nichts gemerkt.

Und nun ein anderes Bild. Es ist weit draußen im Westen in dem Säuglingsheim Schlachensee. Freundlich geleitet die „Oberin“, die mit ihrem Gatten zusammen das Heim ihr eigen nennt, den Besucher von Zimmer zu Zimmer. Frisch geschweerte Böden, schneeweißes Bettzeug, große lustige Zimmer und weißgekleidete Wärterinnen, kurz, ein einziger, froher Eindruck. Da patschen zwei kleine Kinderhändchen der Schwester, die dem kleinen Erdenbürger den Brei in den Mund stopft, ins Gesicht. Dort müht sich kräufelnd ein kleiner Mann mit den ersten Gebissversuchen an der Hand der Pflegerin. Es ist ein richtiges Treibhaus, der große stille Bau. Mehrere hundert junge Menschenkinder verbringen dort ihr erstes Lebensjahr, betreut in unendlicher Mühe und Liebe. Es sind gewiß nicht alles Kinder wohlhabender Eltern, wie die Frau Oberin erzählt. Nur die allerärmsten haben Eltern, die die „Pension“ ausreichend bezahlen können. Aus allen Schichten der Bevölkerung Berlins kommen die Kleinen: viele Halbwaise, Vollwaise und auch Säuglinge ganz mittelsozialer Eltern aus den Weisenhäusern, denen das Allernotwendigste zum Lebensunterhalt fehlt. Alle werden mit der gleichen Sorgfalt und sorglicher Gleichheit gepflegt.

Hier also Pflege und Wartung der kleinsten Menschenkinder unter ständiger ärztlicher Aufsicht in heroischem Maße trotz aller Not der Zeit. Dort aber verhungern, erfrieren Säuglinge am Straßenrand. Sollen da Staat, Kommune und all die Organisationen der Fürsorgefähigkeit trotz der Mannigfaltigkeit ihrer Aufgaben und trotz der Beschränktheit der Mittel nicht alles daransetzen, um wenigstens den Allerärmsten, den kleinen Säuglingen armer Familien, über die jetzige furchtbare Zeit hinwegzuhelfen?

Der „Narkosekavalier“.

Anklage eines geheimnisvollen Juwelendiebstahls.

Ein Verbrecher von ganz besonderer Gemeingefährlichkeit ist in der Person des soeben verhafteten Hotelbesitzer Georg Koffkopf der Kriminalpolizei in die Hände gefallen. Bei der in seiner Wohnung vorgenommenen Durchsuchung wurde, abgesehen von den aus zahlreichen Hoteldiebstählen herrührenden Gegenständen, auch eine Schachtel gefunden, die eine Anzahl Glasröhren mit Morphium enthielt. Da erinnerte sich die Dienststelle des Kriminalkommissars Gennat eines großen Juwelendiebstahls, der im Spätsommer vorigen Jahres großes Aufsehen erregt hatte.

Damals war von einem bisher nicht ermittelten Täter, der den Eindruck eines Ausländers machte, eine Dame unter Anwendung von narkotischen Mitteln einer großen Anzahl kostbarer Juwelen beraubt worden. Nunmehr hat sich herausgestellt, daß jener verbrecherische „Narkosekavalier“ kein anderer als der Hotelbesitzer Koffkopf gewesen ist. Ende August vorigen Jahres näherte er sich als angeblicher Holländer von Keimle seinem Opfer in der Leipziger Straße, indem er sich galant zum Tragen der sehr umfangreichen Gepäcksstücke erbot. Am 29. August lud „von Keimle“ die Dame zu einem Theaterbesuch ein, nach dessen Schluß ein Freund des Herrn Barons“ sich hinzugesellte. Die drei Personen suchten ein in der Nähe des Theaters gelegenes Lokal auf, wo die Dame einen Kognak genoss und eine ihr von dem Freunde des Herrn „von Keimle“ angebotene russische Zigarette rauchte. Von da ab fehlt ihr jedes Erinnerungsbild. Am nächsten Tage erwiderte sie in der Chorist, wo es nur mit vieler Mühe gelungen war, sie wieder ins Leben zurückzurufen. Ihre gesamten Juwelen waren ihr geraubt. Nachträglich wurde festgestellt, daß sie von „Baron von Keimle“ und seinem Freunde in ein Pensionat am Zirkus verschleppt worden war. Dort hatten die Täter ihrem Opfer augenscheinlich weitere Narkotika — insbesondere auch Chloroform — beigebracht und es dann hilflos im Zimmer liegen lassen, worauf später die inzwischen aufmerksam gewordene Wirtin die Ueberführung der zunächst unbekannt Dame durch Polizeibeamte nach der Charité veranlaßte. Uebrigens stammen aus noch unaufgeklärten Hoteldiebstählen, die er allein oder mit Helfershelfern ausführte, eine ganze Anzahl Diamanten, die beschlagnahmt wurden und bei der Dienststelle des Kommissars Gennat aufbewahrt werden.

Der Protest der Sozialrentner.

Mit dem drohenden Abbau der Sozial-, Klein- und Wohlfahrtsrenten beschäftigten sich am Dienstag, den 5. Februar, vier überfüllte Protestversammlungen der Sozial- und Kleinrentner Groß-Berlins. Die Vertreter des Zentralverbandes der Invaliden, Rathe, Rohde und Reichstagsabgeordneter Karsten, sowie Vertreter des Kleinrentnerbundes zeigten an einzelnen Beispielen die furchtbare Rolle, in der sich obige Kreise befinden. Der brutale Rentenabbau, der vorgenommen wurde und bis zum 31. März 1924 abgeschlossen sein soll, zwingt die Rentnerkreise, an das soziale Gewissen aller Volkstriebe zu appellieren, sie in ihrem Kampfe um menschenwürdige Renten zu unterstützen.

Es ist doch schon soweit gekommen, daß auf Grund einer Verfügung des Reichsarbeitsministeriums die Invaliden und Kleinrentner nach weniger Rente erhalten sollen, als wie zurzeit an Wohlfahrtsrenten gezahlt wird. Einhellig protestierten die Erschienenen gegen diesen Zustand und verlangten, daß wenn schon die Ausgaben des Reiches aus wirtschaftlichen Gründen abgebaut werden müssen, einer Notwendigkeit, die alle einsehen, dann auf anderen Gebieten erspart werden müsse. Jedenfalls sei die soziale Lage der Rentner unerträglich und dürfe nicht weiter verschlechtert werden. Untenstehende Resolution wurde in allen Versammlungen angenommen und fonde dem mit einem würdigen Abschied. Lediglich in Ritters Festhalten versuchten kommunistische Eindringlinge den Verlauf der Versammlung zu stören. Als die Erschienenen mit großer Mehrheit die kommunistischen Barolen ablehnten, verfluchten die Kommunisten unter Führung des Herrn Tiedt, sich Geltung zu verschaffen, indem sie mit Stühlen nach der Bühne warfen und einen Rentner erheblich verletzten. Einige Duzend dieser Moskowitzer blieben am Schluß noch da und versuchten, als der Saal sich langsam leerte, auf die Rentner mit ihren Thronen einzumarschieren. Die Entschliebung besagt in ihrem wesentlichen Inhalt: Die vereinigte Sozial- und Kleinrentner erheben den schärfsten Protest gegen die eingetretene Herabsetzung der Renten und Unterstützungen. Die Sozial- und Kleinrentner sind dazu berechtigt, mit 42 bis

63 Pf. pro Tag leben zu müssen; der jetzige Pforten ist ein Moratorium schuldig. Unmündig und ohne Widerstandskraft werden Tausende einem raschen Untergang zugeführt. Sie appellieren an Menschlichkeit und Gewissen, an Reich, Staat und Gemeinden, mit Kräfte dahin wirken zu wollen, daß den Invaliden und Alten, den Sozial- und Kleinrentnern die ihnen zugesicherten Unterstützungsgelder nach dem Reichsindus weitergewährt werden. Weiter verlangen diese bedrängten Kreise die Vierung von verbilligten Lebensmitteln, Bekleidung, Gaspreismäßigung, Erlass der Grundsteuer und Umlage. Sie erwarten rasche Hilfe, da sie vor dem Nichts angelangt sind und keine Quellen und Reserven mehr besitzen. Darüber hinaus verlangen sie die Inangriffnahme der Zusammenlegung und Vereinfachung der Sozialversicherung und der sozialen Fürsorge. Gleiche Leistungen, gestaffelt nach dem Grade der Erwerbsbehinderung, Rechtsanspruch auf alle Leistungen und einfache und schnelle Klärung der Rechtslage.

Der „pathologische Alkoholiker“.

Ohne Magenstärkung ist er verhandlungsunfähig.

Ein gewisser Max Böllert, der sich vor der 8. Strafkammer des Landgerichts I wegen verschiedener Betrugsfälle im Rückfall, wegen Diebstahls, Unterschlagung und schwerer Urkundenfälschung verantworten sollte, und aus der Untersuchungshaft vorgeführt wurde, wollte durchaus nicht früher verhandeln, als bis er einen Schnaps erhalten hätte.

Böllert ist ein heruntergekommener Mensch und vielfach bestraft. Er nennt sich „Dr. Ing. h. c. Böllert“ und hat unter diesem Namen viele Betrugsereien verübt. Als Landgerichtsdirektor legte keine Vernehmung beginnen wollte, rief der Angeklagte: Ich bin verhandlungsunfähig; erst muß ich einen Schnaps genehmigen. Als der Vorsitzende dem Ratte gut zureden wollte, erwiderte Böllert immer wieder: Ich bin ein pathologischer Alkoholiker. Heute hat man mich erst zwei Morphiumspritzen gegeben, aber ich bin verhandlungsunfähig, wenn ich nicht einen Schnaps kriegen. Als der Vorsitzende ihm erklärte, daß das Gericht doch ohne „Magenstärkung“ verhandeln müsse, meinte Böllert gemächlich: Dafür sind Sie noch kein Säuer, Herr Rat — Der Angeklagte ließ sich nicht reden, und so brachte — um das lieben Friedens willen — ein Justizwachmeister schließlich in einer Flasche den besprochenen Schnaps. Böllert bekam den Inhalt erst mit Freuden, nach dem dann ein verklärendes Nicken überzog sein Gesicht. Er setzte an, dem Gerichtshof freundlich-dankbar zuzureden, und erklärte dann mit Kennerniene: Gen können wenig, aber sonst — stark! — Dann konnte man verhandeln. Der Angeklagte räumte alles willig ein. Rechtsanwalt Dr. Andersen bat mit Rücksicht auf das Gesundheits Böllerts und auf Grund der vom Sachverständigen bescheinigten geistigen Minderwertigkeit und pathologischen Trunksucht seine Handlungsweise milde zu beurteilen. Das Gericht ließ Böllert weihen und erkannte auf 2 Jahre Gefängnis.

Feuer in einer Fabrik für Feuerlöschapparate.

In der bekannten Fabrik für Feuerlöschapparate „Minimax“ in Neuruppin kam durch Unachtsamkeit eines Wächters in der vorigen Nacht ein Schadenfeuer aus, welches durch den herrschenden starken Sturm angefaßt, die Halle für die Rostenfabrikation einäscherte. Ein Uebergreifen des Feuers auf andere Teile der Fabrik konnte infolge Vorhandenseins reichlicher Löschmittel vermieden werden. Der Betrieb erleidet, wie die Minimax-Werke mitteilen, nicht die geringste Unterbrechung. Der Schaden ist durch Versicherung voll gedeckt. Wie heißt doch der hübsche Reklamewerker der Firma? „Feuer breitet sich nicht aus, halt du Minimax im Haus.“

35000 Mark für „Mary“ oder für hungernde Kinder?

In der Blauderei über das Ende der Giesantim Mary war gesagt worden, daß die Beschaffung einer neuen Mary einen Kostenaufwand von 35000 M. beanspruchen würde. Dazu geht uns aus Frauenaufgaben ein Protest zu, in dem es heißt: „Marys Tod war immerhin bei vielen Berlinern und bei Freunden des Zoo ein lebhaftes Bedauern hervorgerufen haben, aber ungeachtet der sehr baren Menschenlebens in Berlin kann und darf ein Appell, der jetzt etwa an die Zoo-Banner in dieser Angelegenheit gerichtet werden sollte, nicht verwirklicht werden. Selbst wenn Geld für 10 Giesanten einkäme, mühte es der Kinderhilfe zuzufallen, damit für uns Deutsche das Gefühl tiefer Beschämung und Demütigung, nur die „Auslandshilfe“ sorgen zu lassen, aufhört. Für den Preis von 35000 M. können Tausende von armen hungernden Kindern gespeist werden, und die Kinder sind uns wichtiger als die Beschaffung eines Erlases für die tote Mary.“

Das Sozialwissenschaftliche Seminar muß auch heute ausfallen. Wiederbeginn nächsten Donnerstag, 14. Februar, in der Juristischen Sprechstunde.

Unlängertarife im Englischen. In den nächsten Tagen beginnen die neuen Unlängertarife im Englischen (Abendunterricht) für Teilnehmer ohne Vorkenntnisse. Die Anmeldungen finden statt am Mittwoch, 6. Febr., von 7-9 Uhr abends, und am Donnerstag, 7. Febr., von 6-8 Uhr abends in der 22. Gemeindefabrik, Minierstraße 16 (nahe Bülowstraße und Bülowendplatz). Genossen und Genossinnen mit Vorkenntnissen in der englischen Sprache können an einem Vorkurs (Dienstag 8-10 Uhr) teilnehmen. Der Unterricht wird vom Genossen Juchz erteilt. Sprechstunde für Proletarier.

Gesellschaft für republ.-demokrat. Politik. Öffentliche Versammlung gegen den verfassungswidrigen Zustand in Preußen am Donnerstag, 7. Febr., abends 7½ Uhr, in der Schulstraße, Wasserstraße 31. Es spricht der frühere bayerische Landtagsabg. Ernst Niehoff. Diskussion.

Eine öffentliche Mieterversammlung findet am Donnerstag, 7. Februar, abends 7½ Uhr, in der Aula der Schule am Schlegischen Wer 111. Genosse Ruden referiert über die Zukunft unserer Wohnungsverhältnisse.

Vollstündungsamt Reichsland. Freitag, den 8. Februar, abends 8 Uhr, findet in der Aula des Realgymnasiums, Bernerstraße, ein Konzert der Bühnen-Orchester und Landinos als Solisten statt. Eintrittskarten sind an der Abendkasse sowie in den bekannten Verkaufsstellen erhältlich.

Schneestürme in Mittelamerika und Südrussland.

Wie aus New York gemeldet wird, haben gemaltige Schneestürme in Mittel- und Westamerika alle Telegraphen- und Telephonlinien vollkommen zerstört. Die Städte Milwaukee, Chicago, Kansas City und Minneapolis sowie andere größere Städte verkehren drahtlos und senden so Hülsen aus. Das Eisenbahnenetz ist vollkommen desorganisiert. Zahlreiche Züge sind im Schnee festgeblieben. Auch eingehenden Berichten haben auch in Süden und Südwesten Russlands abermals Schneestürme zu wüten begonnen. Die Schneeverwehungen sind noch ärger als zu Ende des vorigen Jahres. Es ist vorzunehmen, daß Postzugzüge länger als 24 Stunden auf einer Station stehen mußten, weil die Weiterfahrt durch die Schneemassen unmöglich gemacht war. In Nordost-Russland breitet sich eine Kältemasse aus, der Frost steigt bis zu 40 Grad.

Massenlod von Straßenarbeitern. In der Nähe von Genshach ereignete sich ein schwerer Eisenbahnunfall. Eine Arbeitergruppe, die mit Schiffeppeln beladung war, wurde von einer Lokomotive überrollt. Fünf von den 14 Arbeitern fanden auf der Stelle den Tod.

Groß-Berliner Parteinaufrichten.

94. Bst. Donnerstag abends 7½ Uhr. Juristenberatung im Hotel von Gänther, Schillerstraße 11. Erklären 19 20. 61.

Stichtafel der Groß-Berliner Parteiorganisation.

6. Bst. Nach langem Warten verließ unter Genosse Gullas Hagemann im Alter von 75 Jahren. Die Einäschung findet Donnerstag, den 7. Februar, nachmittags 8½ Uhr, im Anatomischen Gerichtsgebäude statt.

